



Geschäftsführung Rat

Frau Kramp

Telefon: (0221) 221-22061

Fax: (0221) 221-26570

E-Mail: petra.kramp@stadt-koeln.de

Datum: 12.03.2014

Niederschrift

über die **50. Sitzung des Rates** in der Wahlperiode 2009/2014 am Dienstag, dem **11.02.2014**, 15:38 Uhr bis 22:34 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Ratssaal

Anwesend waren:

Vorsitzender

Oberbürgermeister Jürgen Roters

Stimmberechtigte Mitglieder

Albach, Rolf Dr.; Bacher, Götz; Bartsch, Hans-Werner Bürgermeister; Benthem van, Henk; Böllinger, Werner; Börschel, Martin; Bosbach, Wolfgang; Breite, Ulrich; Brust, Gerhard; Bülow von, Brigitta; Bürgermeister, Eva Dr.; Detjen, Jörg; Elster, Ralph Dr.; Ensmann, Bernhard; Frank, Jörg; Frebel, Polina; Gärtner, Ursula; Gey, Herbert; Gordes, Birgit; Görzel, Volker; Götz, Stefan; Halberstadt-Kausch, Inge; Hammer, Lino; Heinen, Ralf Dr.; Henk-Hollstein, Anna-Maria; Henseler, Andreas; Herbers-Rauhut, Cornelia Dr.; Houben, Reinhard; Hoyer, Katja; Jahn, Kirsten; Jung, Helmut; Kaiser, Jutta; Kara, Efkam; Karaman, Malik; Kaske, Axel; Kirchmeyer, Christtraut; Klipper, Karl-Jürgen; Koch, Jürgen; Köhler, Andreas; Koke, Klaus; Kretschmer, Karsten; Laufenberg, Sylvia; Ludwig, Claus; Marx, Werner; Möller, Monika; Moritz, Barbara; Mucuk, Gonca; Müller, Sabine Dr.; Nesseler-Komp, Birgitta; Noack, Horst; Paetzold, Michael; Paffen, Dagmar; Peil, Stefan; Philippi, Franz; Pohl, Stephan; Reinhardt, Kirsten; Richter, Manfred; Santos Herrmann, Susana dos; Schiele, Karel; Schlieben, Nils Helge Dr.; Schmerbach, Cornelia; Schneider, Frank; Scho-Antwerpes, Elfi Bürgermeisterin; Schöppe, Bernd; Schultes, Monika; Schulz, Walter Dr.; Stahlhofen, Gisela; Steiner, Carola; Sterck, Ralph; Strahl, Jürgen Dr.; Thelen, Horst; Tull, Bettina; Uckermann, Jörg; Unna, Ralf Dr.; van Geffen, Jörg; Waddey, Manfred; Weisenstein, Michael; Welcker, Katharina; Welpmann, Matthias Dr.; Wiener, Markus; Wolter, Andreas; Wolter, Judith; Zimmermann, Thor-Geir

Bezirksbürgermeister

Homann, Mike; Wirges, Josef

Verwaltung

Kahlen, Guido Stadtdirektor; Klug, Gabriele C. Stadtkämmerin; Berg, Ute Beigeordnete; Klein, Agnes Beigeordnete Dr.; Reker, Henriette Beigeordnete; Höing, Franz-Josef Beigeordneter; Laugwitz-Aulbach, Susanne Beigeordnete; Fenske, Jürgen; Steinkamp, Dieter Dr.

Schriftführerin

Frau Kramp

Gäste

Herr Berthold Schmitt, KölnBäderGmbH;

Stenografen

Herr Becker;
Herr Klemann

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Granitzka, Winrich; Helling, Ossi Werner; Kienitz, Niklas; Kron, Peter; Spizig, Angela Bürgermeisterin; Thelen, Elisabeth; Wolf, Manfred Bürgermeister

Bezirksbürgermeisterin

Blömer-Frerker, Helga; Wittsack-Junge, Cornelia

Bezirksbürgermeister

Hupke, Andreas; Schößler, Bernd; Stadoll, Willi; Fuchs, Norbert; Thiele, Markus

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Der Oberbürgermeister eröffnet die Sitzung und begrüßt die Gäste auf der Zuschauertribüne, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister sowie die Ratsmitglieder.

Der Oberbürgermeister weist darauf hin, dass die Sitzung wieder als sogenannter „Livestream“ auf der Webseite der Stadt Köln verlinkt ist und so im Internet verfolgt werden könne.

Jedes Ratsmitglied habe das Recht, die Übertragung des eigenen Wortbeitrags der Sitzungsleitung gegenüber jederzeit auszuschließen. Es empfehle sich allerdings, der Sitzungsleitung vor Beginn des Redebeitrages hierzu einen deutlichen Hinweis zu geben.

- I. Der Oberbürgermeister begrüßt Frau Carola Steiner als Nachfolgerin von Herrn Lutz Tempel, der sein Ratsmandat am 23.01.2014 niedergelegt hat. Er verpflichtet sie gemäß § 5 der Hauptsatzung.

- II. Der Oberbürgermeister schlägt als Stimmzähler die Ratsmitglieder Frau Dr. Eva Bürgermeister, Frau Anna-Maria Henk-Hollstein und Frau Dr. Sabine Müller vor.

Der Rat ist hiermit einverstanden.

- III. Der Oberbürgermeister weist darauf hin, dass zur Sitzung drei Anträge auf Durchführung einer Aktuellen Stunde vorliegen. Im Einzelnen handelt es sich um:

- 1.1 Antrag der FDP-Fraktion auf Durchführung einer aktuellen Stunde betreffend "Informationspolitik der KVB bei Störungen"
AN/0264/2014
- 1.2 Antrag der CDU-Fraktion auf Durchführung einer aktuellen Stunde betreffend " Köln vor dem Verkehrsinfarkt"
AN/0238/2014
- 1.3 Antrag der Fraktion pro Köln auf Durchführung einer aktuellen Stunde betreffend "Schutz der Bevölkerung - Konsequenzen aus dem Brandanschlag auf die Kölner Großmoschee"

Der Oberbürgermeister weist darauf hin, dass die Geschäftsordnung grundsätzlich nur die Behandlung einer aktuellen Stunde vorsähe, der Rat allerdings über Ausnahmen entscheiden könne.

Der Rat lehnt es mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln ab, in der heutigen Sitzung mehr als eine Aktuelle Stunde durchzuführen.

Der Oberbürgermeister stellt anschließend fest, dass eine Einigung, welches Thema behandelt werden solle, ebenfalls nicht erzielt werden konnte.

Anschließend beschließt der Rat mehrheitlich - mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion sowie bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke. – den Antrag der FDP-Fraktion betreffend "Informationspolitik der KVB bei Störungen" zum Thema der Aktuellen Stunde zu machen.

- IV. Anschließend nennt der Oberbürgermeister die weiteren Punkte, die zu- bzw. abgesetzt werden sollen:

Zusetzungen:

- 4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen
- 4.2 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend "Rechtsform und Handlungsmöglichkeiten der stadteigenen Wohnungsunternehmen"
AN/0225/2014

- 4.3 Anfrage von Ratsmitglied Henseler (Freie Wähler Köln) betreffend "Gesamtkosten des Projekts Archäologische Zone/Jüdisches Museum, bisher abgeflossene Mittel, erwartete Kostensteigerung und Folgekosten"
AN/0229/2014
- 4.4 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend "Kölner Pilotprojekt zur Integration von Zuwanderern und Zuwanderinnen aus Südosteuropa"
AN/0230/2014
- 4.5 Anfrage der CDU-Fraktion betreffend "Effektive Maßnahmen zur Vermeidung von Korruption"
AN/0236/2014
- 4.6 Anfrage der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion betreffend "Unterschriftensammlung gegen den Ratsbeschluss aus dem Jahre 2011 zur Archäologische Zone / Jüdisches Museum"
AN/0259/2014
- 4.7 Anfrage der CDU-Fraktion betreffend "Mehr Bürgerbeteiligung in wichtigen kommunalpolitischen Themen?"
AN/0265/2014
- 4.8 Anfrage von Ratsmitglied Zimmermann betreffend "Archiveinsturz und rechtliche Folgen"
AN/0032/2014
- 5.4 Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates gemäß § 27 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen
- 5.4.2 Beschluss des Integrationsrates - Einrichtung von bilingualen Gruppen zur Förderung der natürlichen Mehrsprachigkeit in städtischen Kindertagesstätten
0254/2014
- 10 Allgemeine Vorlagen
- 10.19 Klimapartnerschaft zwischen Köln und Rio und zwischen Köln und Corinto, hier: Projektzusagen
0040/2014
- 10.20 Kölner Pilotprojekt zur Integration von Zuwanderern und Zuwanderinnen aus Südosteuropa
0035/2014
- 10.21 Genehmigung der Mittelverwendung für die Sonderausstellung Sigmar Polke. Retrospektive des Museums Ludwig
0266/2014

- 17 Wahlen
 - 17.2 Antrag der CDU-Fraktion
hier: Nachwahl zum Wahlausschuss für die Kommunal- und Integrationsratswahl 2014
AN/0227/2014
 - 17.3 Antrag der SPD-Fraktion
hier: Nachbesetzung von Gremien
AN/0237/2014
 - 17.4 Antrag der CDU-Fraktion
hier: Wiederwahl eines Mitgliedes für die Veranstaltergemeinschaft Radio Köln e. V.
AN/0266/2014
- 24 Allgemeine Vorlagen
 - 24.4 Butzweilerhof Grundbesitz GmbH & Co. KG
Vergabe eines Gesellschafterdarlehens
0363/2014
 - 24.5 RheinEnergie AG
hier: Veräußerung von 49,9 % der Geschäftsanteile an der Bergische Licht-, Kraft- und Wasserwerke (BELKAW) GmbH und Gründung der Bäderbetriebsgesellschaft Bergisch Gladbach mbH durch die BELKAW
0356/2014
 - 24.6 Richtlinie zur Förderung nach § 11 Abs. 2 ÖPNVG NRW; hier:
Beschaffung von Stadtbahnwagen bei der Kölner Verkehrs-Betriebe AG
0476/2014

Absetzungen

- 6.1 Satzungen
 - 6.1.1 Neufassung der Satzung für die Friedhöfe und die Feuerbestattungsanlage der Stadt Köln
4077/2013
 - 6.1.3 Neufassung der Betriebssatzung der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln
3902/2013
- 6.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und ähnliches
 - 6.2.1 Neufassung der Friedhofsgebührensatzung der Stadt Köln
4132/2013
- 10 Allgemeine Vorlagen

- 10.6 Integriertes Klimaschutzkonzept Köln 2013
2567/2013
- 10.18 Betriebsführung Gebäudewirtschaft
0395/2014
- 16 KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragssatzungen
- 16.1 Satzung über die abweichende Herstellung der Erschließungsanlage
Pohlhofstraße von Haus Nr. 21 (Grenze zum vorhandenen Teil) bis Gar-
tenstraße in Köln-Esch/Auweiler
3110/2013
- 22 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirks-
vertretungen
- 22.1 Anfrage von Ratsmitglied Zimmermann betreffend "Archiveinsturz und
rechtliche Folgen"
- 25 Wahlen
- 25.1 Abberufung eines Prüfers des Rechnungsprüfungsamtes
0106/2014
- 25.2 Betriebsführung Gebäudewirtschaft

V. Ratsmitglied Börschel erhebt Fristeneinrede zu Punkt

- 24.6 Richtlinie zur Förderung nach § 11 Abs. 2 ÖPNVG NRW; hier: Beschaf-
fung von Stadtbahnwagen bei der Kölner Verkehrs-Betriebe AG
0476/2014

und erklärt, dass die Entscheidung stattdessen im Wege einer Dringlichkeitsent-
scheidung durchgeführt werden könne.

Der Rat lehnt im Anschluss daran, die Dringlichkeit und damit die Aufnahme in
die Tagesordnung mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion und der
Fraktion Die Linke. ab.

VI. Ratsmitglied Götz schlägt vor, die Entscheidung zu Punkt

- 17.4 Antrag der CDU-Fraktion
hier: Wiederwahl eines Mitgliedes für die Veranstaltergemeinschaft Radio
Köln
e. V.
AN/0266/2014

zurückzustellen. Die Angelegenheit sei in den Fraktionen erörtert worden und man sei zu dem Ergebnis gekommen, dass hier eine Vorlage der Verwaltung erforderlich sei. Dann solle das Thema in der folgenden Sitzung des Rates erneut behandelt werden.

Der Rat stimmt diesem Vorschlag einvernehmlich zu.

VII. Gemäß Vorschlag von Ratsmitglied Detjen beschließt der Rat mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion pro Köln und der Fraktion Die Linke. die Punkte

3.1.1 Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "GAG Immobilien AG - Optimierte Ausrichtung auf die aktuellen wohnungspolitischen Herausforderungen"
AN/0210/2014

und

4.2 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend "Rechtsform und Handlungsmöglichkeiten der städteigenen Wohnungsunternehmen"
AN/0225/2014

wegen ihres Sachzusammenhangs gemeinsam zu behandeln.

VIII. Der Oberbürgermeister schlägt vor, Punkt

15.1 Stadtentwicklungskonzept Wohnen
3443/2013

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.
AN/0241/2014

Änderungsantrag der FDP-Fraktion
AN/0234/2014

wegen des besonderen öffentlichen Interesses vorzuziehen und unter dem neuen Punkt 10.0 zu behandeln.

Der Rat stimmt diesem Vorschlag einvernehmlich zu.

IX. Der Oberbürgermeister schlägt darüber hinaus vor, die folgenden Punkte wegen ihres Sachzusammenhangs gemeinsam zu behandeln:

3.1.2 Antrag der CDU-Fraktion betreffend "Flüchtlingspolitik in Köln"
AN/0121/2014

Änderungsantrag der FDP-Fraktion
AN/0252/2014

Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/0267/2014

3.1.4 Antrag der Fraktion Die Linke. und der Ratsmitglieder Henseler (Freie Wähler Köln) und Zimmermann (Deine Freunde) betreffend "Nachbarschaftskonzept für Flüchtlingsheime"
AN/0215/2014

3.1.8 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend "Das Boot ist voll: Neubelegungen für Asylbewerber nur noch nach Ratsbeteiligung"
AN/0179/2014

10.1 Errichtung von Wohnhäusern auf städtischen Grundstücken zur Unterbringung von Flüchtlingsfamilien
2649/2013

Der Rat stimmt diesem Vorschlag ebenfalls einvernehmlich zu.

X. Der Oberbürgermeister schlägt vor Punkt

4.4 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend "Kölner Pilotprojekt zur Integration von Zuwanderern und Zuwanderinnen aus Südosteuropa"
AN/0230/2014

Antwort der Verwaltung vom 11.02.2014
0492/2014

gemeinsam mit und unter Punkt

10.20 Kölner Pilotprojekt zur Integration von Zuwanderern und Zuwanderinnen aus Südosteuropa
0035/2014

zu behandeln.

Der Rat ist auch mit diesem Vorschlag einverstanden.

XI. Der Oberbürgermeister weist daraufhin, dass ihm Ratsmitglied Uckermann im Namen der Fraktion pro Köln soeben einen Dringlichkeitsantrag betreffend „Aussetzung der sogenannten Schneesteuer für das Haushaltjahr 2015“ übergeben habe.

Auf Nachfrage erklären die anderen Fraktionen, dass ihnen dieser Dringlichkeitsantrag von der Fraktion pro Köln nicht vorab zur Verfügung gestellt worden sei. Der Oberbürgermeister erklärt, dass damit ein Verstoß gegen die Geschäftsordnung vorliege und die Angelegenheit deshalb nicht bei der Festlegung der Tagesordnung berücksichtigt werden könne.

XII. Im Übrigen legt der Rat die Tagesordnung einvernehmlich wie folgt fest:

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- 1 Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen
- 1.1 Antrag der FDP-Fraktion auf Durchführung einer aktuellen Stunde betreffend "Informationspolitik der KVB bei Störungen"
AN/0264/2014
- 2 Annahme von Schenkungen / Vermächnissen / Erbschaften
- 2.1 Schenkung von 8 Perfusoren für die Rettungsdienstschule durch den Verein zur Förderung des Brandschutzes in der Stadt Köln e.V.
4208/2013
- 3 Anträge des Rates / Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen
- 3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen
- 3.1.1 Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "GAG Immobilien AG - Optimierte Ausrichtung auf die aktuellen wohnungspolitischen Herausforderungen"
AN/0210/2014
- 3.1.2 Antrag der CDU-Fraktion betreffend "Flüchtlingspolitik in Köln"
AN/0121/2014

Änderungsantrag der FDP-Fraktion
AN/0252/2014

Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/0267/2014
- 3.1.3 Antrag der FDP-Fraktion betreffend "Herzstück Domumfeld – Entree der Gäste aus aller Welt – Schandfleck Toilettencontainer"
AN/1517/2013

Änderungsantrag der FDP-Fraktion
AN/0261/2014

Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/0268/2014

3.1.4 Antrag der Fraktion Die Linke. und der Ratsmitglieder Henseler (Freie Wähler Köln) und Zimmermann (Deine Freunde) betreffend "Nachbarschaftskonzept für Flüchtlingsheime"
AN/0215/2014

3.1.5 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend "Veröffentlichung der Redebeiträge von pro Köln im Internet"

3.1.6 Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Nutzung der Windenergie in Köln"
AN/0214/2014

Änderungsantrag der FDP-Fraktion
AN/0262/2014

3.1.7 Antrag der FDP-Fraktion betreffend "Weitere Auswertung des Masterplans zum Zwecke des Wohnungsbaus"
AN/0191/2014

3.1.8 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend "Das Boot ist voll: Neubelegungen für Asylbewerber nur noch nach Ratsbeteiligung"
AN/0179/2014

3.1.9 Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend "Keine Einschränkung der Öffnungszeiten von Schwimmbädern der KölnBäder GmbH"
AN/0204/2014

3.1.10 Antrag von Ratsmitglied Thor-Geir Zimmermann betreffend "Autofreier Sonntag - Autofreies Köln"
AN/0212/2014

Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/0269/2014

3.1.11 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend "Fachtagung zur organisierten Kriminalität mit Oberstaatsanwalt a.D, Egbert Bülles"
AN/0181/2014

- 3.1.12 Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend "Kölner Sozialbericht über Lebenslagen und Integration endlich erstellen"
AN/0213/2014
- 3.1.13 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend "Langfristiger Schutz des Reiterdenkmals am Heumarkt"
AN/0184/2014
- 3.1.14 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend "Realisierung einer beleuchteten Joggingstrecke"
AN/0185/2014
- 3.2 Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen gemäß § 37 Absatz 5 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen
- 4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen
- 4.1 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend "Kostensteigerungen bei Großprojekten"
AN/0136/2014
- Antwort der Verwaltung vom 11.02.2014
0435/2014
- 4.2 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend "Rechtsform und Handlungsmöglichkeiten der stadteigenen Wohnungsunternehmen"
AN/0225/2014
- Antwort der Verwaltung vom 11.02.2014
0430/2014
- 4.3 Anfrage von Ratsmitglied Henseler (Freie Wähler Köln) betreffend "Gesamtkosten des Projekts Archäologische Zone/Jüdisches Museum, bisher abgeflossene Mittel, erwartete Kostensteigerung und Folgekosten"
AN/0229/2014
- 4.4 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend "Kölner Pilotprojekt zur Integration von Zuwanderern und Zuwanderinnen aus Südosteuropa"
AN/0230/2014
- Antwort der Verwaltung vom 11.02.2014
0492/2014

- 4.5 Anfrage der CDU-Fraktion betreffend "Effektive Maßnahmen zur Vermeidung von Korruption"
AN/0236/2014
- 4.6 Anfrage der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion betreffend "Unterschriftensammlung gegen den Ratsbeschluss aus dem Jahre 2011 zur Archäologische Zone / Jüdisches Museum"
AN/0259/2014
- 4.7 Anfrage der CDU-Fraktion betreffend "Mehr Bürgerbeteiligung in wichtigen kommunalpolitischen Themen?"
AN/0265/2014
- 4.8 Anfrage von Ratsmitglied Zimmermann betreffend "Archiveinsturz und rechtliche Folgen"
AN/0032/2014

Antwort der Verwaltung vom 11.02.2014
0274/2014

- 5 Einwohner, Einwohnerinnen, Bürger und Bürgerinnen
 - 5.1 Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen
 - 5.2 Einwohnerantrag gemäß § 25 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen
 - 5.3 Bürgerbegehren und Bürgerentscheid gemäß § 26 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen
 - 5.4 Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates gemäß § 27 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen
 - 5.4.1 Beschluss des Integrationsrates zu den Anschlägen des NSU in Köln - Überlegungen zur Gestaltung eines Denkmals
0261/2014
 - 5.4.2 Beschluss des Integrationsrates - Einrichtung von bilingualen Gruppen zur Förderung der natürlichen Mehrsprachigkeit in städtischen Kindertagesstätten
0254/2014

- 6 Ortsrecht
 - 6.1 Satzungen
 - 6.1.1 Neufassung der Satzung für die Friedhöfe und die Feuerbestattungsanlage der Stadt Köln
4077/2013
(zurückgestellt)
 - 6.1.2 1. Satzung zur Änderung der Satzung des Kommunalunternehmens Stadtentwässerungsbetriebe Köln, Anstalt des öffentlichen Rechts über die Entwässerung der Grundstücke, die Abwasserbeseitigung und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage - Abwasserbeseitigungskonzept
4283/2013
 - 6.1.3 Neufassung der Betriebssatzung der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln
3902/2013
(zurückgestellt)
 - 6.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und ähnliches
 - 6.2.1 Neufassung der Friedhofsgebührensatzung der Stadt Köln
4132/2013
(zurückgestellt)
 - 6.3 Ordnungsbehördliche Verordnungen
 - 6.4 Sonstige städtische Regelungen
 - 6.4.1 Ausländerrechtliche Beratungskommission- Änderung der Geschäftsordnung
4141/2013
 - 6.4.2 Beschluss der Wahlordnung für die Wahl des Integrationsrates der Stadt Köln
0075/2014
- 7 Unterrichtung des Rates gemäß § 82 Absatz 1 und § 84 Absatz 1 Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen über die vom Kämmerer genehmigten Mehraufwendungen
- 8 Überplanmäßige Aufwendungen
- 9 Außerplanmäßige Aufwendungen
- 10 Allgemeine Vorlagen

- 10.1 Errichtung von Wohnhäusern auf städtischen Grundstücken zur Unterbringung von Flüchtlingsfamilien
2649/2013
- 10.2 Baubeschluss für die Erneuerung des Verkehrsrechnersystems sowie Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes; hier: Teilfinanzplan 1201, Straßen, Wege, Plätze, Finanzstelle 6601-1201-0-1056, Verkehrsrechnersystem, Erneuerung, Teilplanzeile 8, Auszahlungen für Baumaßnahmen
3616/2013
- 10.3 Generalsanierung und Erweiterung der Hauptfeuerwehrzentrale Köln Weidenpesch
3892/2012
- Änderungsantrag der CDU-Fraktion
AN/0248/2014
- 10.4 Baubeschluss für den Ausbau der Verlängerung der Industriestraße in Köln-Fühlungen von Merianstraße bis Mennweg sowie Freigabe von investiven Haushaltsermächtigungen des Finanzplanes; hier Teilfinanzplan 1201, Straßen, Wege, Plätze, Finanzstelle 6601-1201-6-5036, Industriestraße (Merianstraße - Mennweg), Teilplanzeile 8, Auszahlungen für Baumaßnahmen
3976/2013
- 10.5 1. Bedarfsfeststellung und Vorbereitung des Vergabeverfahrens
hier: Beschaffung von 500 Parkscheinautomaten
2. Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes
hier: Teilfinanzplan 1201, Straßen, Wege, Plätze, Finanzstelle 6606-1201-0-1000 (Maßnahmen zur Parkraumbewirtschaftung)
4068/2013
- 10.6 Integriertes Klimaschutzkonzept Köln 2013
2567/2013
(zurückgestellt)
- 10.7 Bestellung von Mitgliedern in den Aufsichtsrat der KölnVorsorge - Sterbeversicherung VVaG
4011/2013
- 10.8 Bestellung eines stellvertretenden Pflichtmitgliedes des Jugendhilfeausschusses
0099/2014

- 10.9 Mitteilung über eine Kostenerhöhung gemäß § 24 Abs. 2 GemHVO i.V.m. § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln für das Haushaltsjahr 2014 bei der Finanzstelle 6903-1202-5-7110, Neusser Str. /Gürtel-Einbau v. Aufzügen 4103/2013
- 10.10 Zusetzung von 4,5 auf drei Jahre befristete Stellen für das durch das Landeszentrum Gesundheit Nordrhein-Westfalen geförderte Projekt "Optimierung von Früherkennung und Versorgung von Kindern und jungen Menschen mit Zeichen einer psychischen Störung" 4105/2013
- 10.11 Zuwendung an den Verein Sportstadt Köln e.V. zu den Personalkosten "Referent/-in Sportstadt Köln" 2838/2013
- 10.12 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR
hier: Gewässerentwicklungskonzept Köln
2810/2013
- 10.13 Familie-Ernst-Wendt-Stiftung - Wirtschaftsplan 2014
0093/2014
- 10.14 Stationäre Geschwindigkeitsüberwachungsanlage BAB 1 - Rheinbrücke Leverkusen
4129/2013
- 10.15 Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln
hier: Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2012
0121/2014
- 10.16 Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln
hier: Auflösung der Kapitalrücklage
0130/2014
- 10.17 Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln
hier: Wirtschaftsplan 2014
0223/2014
- 10.18 Betriebsführung Gebäudewirtschaft
0395/2014
(zurückgestellt)
- 10.19 Klimapartnerschaft zwischen Köln und Rio und zwischen Köln und Corinto,
hier: Projektzusagen
0040/2014

- 10.20 Kölner Pilotprojekt zur Integration von Zuwanderern und Zuwanderinnen aus Südosteuropa
0035/2014
 - 10.21 Genehmigung der Mittelverwendung für die Sonderausstellung Sigmar Polke. Retrospektive des Museums Ludwig
0266/2014
 - 11 Bauleitpläne - Änderung des Flächennutzungsplanes
 - 12 Bauleitpläne - Anregungen / Satzungen
 - 12.1 Beschluss über Stellungnahmen, Ergänzung sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 63460/04
Arbeitstitel: Oskar-Jäger-Straße in Köln-Ehrenfeld
4207/2013
 - 12.2 Aufhebung des Bebauungsplanes 5857/02
- Satzungsbeschluss -
Arbeitstitel: Pferderennbahn in Köln-Roggendorf/Thenhoven
4249/2013
 - 12.3 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 66479/03
Arbeitstitel: Eisenachstraße in Köln-Nippes
4261/2013
 - 12.4 Satzungsbeschluss betreffend die 2. Änderung des Bebauungsplanes
71446/03
Arbeitstitel: Heßhofstraße in Köln-Vingst
0022/2014
 - 13 Bauleitpläne - Aufhebung von Bebauungs- / Durchführungs- / Fluchtlinienplänen
 - 14 Erlass von Veränderungssperren
 - 15 Weitere bauleitplanungsrechtliche Sachen
 - 15.1 Stadtentwicklungskonzept Wohnen
3443/2013
- Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.
AN/0241/2014

Änderungsantrag der FDP-Fraktion
AN/0234/2014

- 16 KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragssatzungen
- 16.1 Satzung über die abweichende Herstellung der Erschließungsanlage Pohlhofstraße von Haus Nr. 21 (Grenze zum vorhandenen Teil) bis Gartenstraße in Köln-Esch/Auweiler
3110/2013
(zurückgestellt)
- 17 Wahlen
- 17.1 Ausländerrechtliche Beratungskommission; Bestimmung eines neuen ordentlichen Mitglieds
4147/2013
- 17.2 Antrag der CDU-Fraktion
hier. Nachwahl zum Wahlausschuss für die Kommunal- und Integrationsratswahl 2014
AN/0227/2014
- 17.3 Antrag der SPD-Fraktion
hier. Nachbesetzung von Gremien
AN/0237/2014
- 17.4 Antrag der CDU-Fraktion
hier: Wiederwahl eines Mitgliedes für die Veranstaltergemeinschaft Radio Köln e. V.
AN/0266/2014
(zurückgezogen)
- 18 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen
- 19 -

II. Nichtöffentlicher Teil

- 20 Annahme von Schenkungen / Vermächnissen / Erbschaften
- 21 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

- 22 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen
- 22.1 Anfrage von Ratsmitglied Zimmermann betreffend "Archiveinsturz und rechtliche Folgen"
(hier zurückgezogen – die Angelegenheit wird unter Punkt 4.8 behandelt)
- 23 Grundstücksangelegenheiten
- 23.1 Grundstücksgeschäft Keupstr. 108 in Köln-Mülheim
4182/2013
- 23.2 Bestellung eines Erbbaurechtes in der Brüsseler Straße in Köln-Porz-Eil
4227/2013
- 23.3 Ankauf einer Teilfläche von 1.585 m² in Köln-Widdersdorf
0101/2014
- 24 Allgemeine Vorlagen
- 24.1 BioCampus Cologne Grundbesitz GmbH & Co. KG: überplanmäßige Mittelbereitstellung und Eigenkapitalzuführung
0028/2014
- 24.2 Wirtschaftplan 2014 und mittelfristige Finanzplanung der KölnMusik GmbH
0231/2014
- 24.3 Stadtbahngesellschaft Rhein-Sieg mbH i. L. (SRS): Übernahme von Sicherungserklärungen durch die Häfen und Güterverkehr Köln AG (HGK) und die Kölner Verkehrs-Betriebe AG (KVB) zur Vermeidung einer Insolvenz
0215/2014
- 24.4 Butzweilerhof Grundbesitz GmbH & Co. KG
0363/2014
- 24.5 RheinEnergie AG
0356/2014
- 24.6 Richtlinie zur Förderung nach § 11 Abs. 2 ÖPNVG NRW; hier: Beschaffung von Stadtbahnwagen bei der Kölner Verkehrs-Betriebe AG
0476/2014
(zurückgestellt)

- 25 Wahlen
- 25.1 Abberufung eines Prüfers des Rechnungsprüfungsamtes
0106/2014
(zurückgestellt)
- 25.2 Betriebsführung Gebäudewirtschaft
(hier zurückgezogen – da Behandlung als Punkt 10.18 im öffentlichen Teil)
- 26 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3
der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen
- 26.1 Kliniken der Stadt Köln GmbH; hier: Ankauf eines Geschäftsanteiles an der
RehaNova Köln Neurologische Rehabilitationsklinik GmbH
4272/2013

I. Öffentlicher Teil

1 Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

1.1 Antrag der FDP-Fraktion auf Durchführung einer aktuellen Stunde betreffend "Informationspolitik der KVB bei Störungen" AN/0264/2014

Beschluss:

Nach der Erörterung der Angelegenheit beschließt der Rat gemäß § 5 Absatz 10 Buchstabe c) der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen, die Sache zur weiteren Beratung in den Verkehrsausschuss zu verweisen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

2 Annahme von Schenkungen / Vermächtnissen / Erbschaften

2.1 Schenkung von 8 Perfusoren für die Rettungsdienstschule durch den Verein zur Förderung des Brandschutzes in der Stadt Köln e.V. 4208/2013

Beschluss:

Der Rat bedankt sich bei dem Verein zur Förderung des Brandschutzes in der Stadt Köln e.V. für die Schenkung von 8 neuen Perfusoren mit Zubehör mit einem Gesamtwert von 22.586,29 €.

Der Rat nimmt die Schenkung der 8 Perfusoren, die in der Aus- und Fortbildung des Rettungsdienstpersonals in der Rettungsdienstschule der Berufsfeuerwehr Köln eingesetzt werden, an. Die Berufsfeuerwehr trägt die Kosten für die jährlichen sicherheitstechnischen Kontrollen in Höhe von ca. 600,00 € p.a. und eventuell anfallende Instandhaltungskosten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

3 Anträge des Rates / Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen

3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1.1 Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "GAG Immobilien AG - Optimierte Ausrichtung auf die aktuellen wohnungspolitischen Herausforderungen" AN/0210/2014

Beschluss:

Der Rat hat in jüngster Zeit wesentliche Beschlüsse zur verstärkten Wohnraumförderung gefasst und der Verwaltung neue Instrumente – insbesondere das kooperative Baulandmodell - zur Verfügung gestellt. Wichtiges Ziel ist, in Köln bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Die GAG Immobilien AG, an dessen Grundkapital die Stadt Köln mit 88,21 % beteiligt ist, muss eine zentrale Rolle bei der Schaffung von Wohnraum in Köln einnehmen. Um die GAG besser als derzeit in die Lage zu versetzen, diese Aufgabe erfüllen zu können, beauftragt der Rat die Verwaltung mit folgender Prüfung:

1. Die GAG soll in die Lage versetzt werden, die kommunalpolitischen Anforderungen zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum besser umsetzen zu können. Daher ist die aktuelle gesellschaftsrechtliche Struktur der GAG dahingehend zu überprüfen, ob die GAG die vom Stadtrat gesetzten Ziele zur Schaffung von Wohnraum besser erfüllen kann. Die hierfür erforderliche gesellschaftsrechtliche Umstrukturierung und ihre finanziellen Auswirkungen sind darzustellen. Insbesondere sind die Voraussetzungen vorzubereiten und darzustellen, den GAG-Konzern kurzfristig von der Börse zu nehmen.
2. Gleichzeitig ist darzustellen, wie die Stadt, unter Berücksichtigung der vergabe-, EU- und beihilferechtlichen Rahmenbedingungen zeitnah in die Lage versetzt werden kann, in Zusammenarbeit mit dem GAG-Konzern, den öffentlich geförderten Wohnungsbau in Köln deutlich zu forcieren.
3. Darüber hinaus ist zu untersuchen und darzustellen, welche Maßnahmen notwendig sind, um steuerliche Belastungen durch ein Anwachsen der städtischen Anteile am Grundkapital des GAG-Konzerns zu vermeiden.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich – mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke. sowie mit der Stimme von Ratsmitglied Zimmermann (Deine Freunde) und bei Stimmenthaltung der Fraktion pro Köln – zugestimmt.

Anmerkung:

Diese Angelegenheit wurde gemeinsam mit Punkt

4.2 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend "Rechtsform und Handlungsmöglichkeiten der stadt eigenen Wohnungsunternehmen"
AN/0225/2014

behandelt.

3.1.2 Antrag der CDU-Fraktion betreffend "Flüchtlingspolitik in Köln"
AN/0121/2014

Änderungsantrag der FDP-Fraktion
AN/0252/2014

Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/0267/2014

Beschluss gemäß Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz sind Städte und Gemeinden zur Aufnahme und Unterbringung der ihnen zugewiesenen Flüchtlinge verpflichtet. Die Stadt Köln hat bisher versucht mit großem Engagement dieser Aufgabe nachzukommen. Nach der aktuellen Bedarfsrechnung fehlen der Stadt bis Ende 2015 rund 2.000 zusätzliche Unterbringungsplätze.

Die veränderten Rahmenbedingungen stellen Rat, Verwaltung wie auch die Stadtgesellschaft vor eine Herausforderung. Dabei ist nicht nur das Problem eines sehr begrenzten Angebotes an baureifen Flächen für Wohnheime und Wohnungen zu lösen, sondern auch auf eine angemessene sozialräumliche Verteilung der Flüchtlingsfamilien innerhalb der Stadt zu achten. Zugleich muss ein Augenmerk auf eine rasche Integration der Bewohnerinnen und Bewohner gelegt werden.

Der Rat der Stadt Köln erkennt in diesem Zusammenhang die schwierige Aufgabe der Verwaltung an und unterstützt ihre Bemühungen, für Flüchtlinge eine menschenwürdige Unterbringung sowie eine qualifizierte Begleitung zur Integration zu gewährleisten. Dabei bleiben die vom Rat bereits 2004 beschlossenen Leitlinien zur Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen eine verbindliche Zielvorgabe.

Um die o.g. Zielsetzungen zu erreichen, bitten wir die Verwaltung bei ihrer Unterbringungsverpflichtung folgende Eckpunkte zu beachten:

1. Der Rat fordert eine angemessene finanzielle Unterstützung durch Bund und Land.
Dazu erwartet der Rat eine verbesserte Refinanzierung der Unterbringungs- wie auch der Betreuungskosten. Darüber hinaus müssen Zuweisungsentscheidungen schneller getroffen werden. Es sollte gewährleistet werden, dass alle neu in Köln ankommenden Asylantragsteller sowie die unerlaubt eingereisten Ausländer auf die Verteilungsquote des Landes angerechnet werden.

Der Rat fordert zudem eine deutliche Erhöhung der Landeszuschüsse, die der nur einen Bruchteil der Kosten decken. Es ist in diesem Zusammenhang zu überlegen, ob Kommunen mit einem angespannten Wohnungsmarkt wie Köln nicht eine höhere Zuwendung erhalten, um z. B. Grundstücke zu kaufen oder Gebäude anzumieten.

2. Sprachkurse überwinden die Sprachbarrieren und erleichtern die Integration vor Ort. Dazu fordert der Rat zusätzliche finanzielle Mittel aus dem Bundesprogramm zur berufsbezogenen Sprachförderung für Personen mit Migrationshintergrund (ESF-BAMF-Programm).
3. Um eine gesamtgesellschaftliche Akzeptanz der Unterbringungsplätze zu erreichen und etwaigen Vorbehalten wirkungsvoll entgegenzutreten zu können, müssen bei der Unterbringung der Flüchtlinge die Bürgerinnen und Bürger frühzeitig eingebunden werden. Dabei muss auf den stadtweiten Mangel an nutzbaren Grundstücken und Gebäuden hingewiesen werden.
4. Um die soziale Stabilität und die Integrationsfähigkeit der Kölner Stadtteile nicht zu gefährden, ist bei der Nutzung möglicher Grundstücke auf eine Verteilungsgerechtigkeit zu achten und sowohl der Anteil der bereits im Stadtteil untergebrachten Flüchtlinge als auch die Sozialstruktur zu berücksichtigen.
5. Grundsätzlich sind feste Wohnhäuser der Übergangslösung Wohncontainer vorzuziehen. Temporäre Standorte sollten nicht mit mehr als 80 Personen belegt werden. Die verwendeten Wohncontainer sollten zudem abgeschlossene Wohnungen aufweisen, zumindest aber in sich geschlossene Sanitär- und Kochbereiche.
6. Das bereits vorhandene Auszugsmanagement, welches Flüchtlinge in Wohnungen vermittelt, ist weiter zu forcieren.
7. Es sind Gespräche mit Investoren aufzunehmen mit dem Ziel auf vorhandenen Flächen dezentrale Wohngebäude für Flüchtlingsfamilien zu schaffen. Darüber hinaus sollte auch bei der Planung und Entwicklung von zukünftigen Bebauungsplänen diese Möglichkeit Berücksichtigung finden können.
8. Die frühzeitige und enge Kooperation mit dem Runden Tisch für Flüchtlingsfragen sollte weiter intensiviert werden.
9. Im Interesse einer schnellen und unbürokratischen Kooperation der städtischen Dienststellen ist die vorhandene „Task Force“ des Oberbürgermeisters weiter zu stärken.
Angesichts der großen Zahl der kurzfristig zu realisierenden Objekte und Standorte ist eine ausreichende personelle Ausstattung der Fachverwaltung sicherzustellen.
10. Der Rat dankt ausdrücklich den zahlreichen zivilgesellschaftlichen Akteuren, die mit hohem Engagement für eine Willkommenskultur für Flüchtlinge arbeiten. Die Arbeit von Vereinen und ehrenamtlichen Initiativen, die Flüchtlinge betreuen und sie bei der Integration unterstützen, ist zu stärken. Gleichzeitig sind die

beteiligten Träger der Wohlfahrtspflege und der sozialen Dienste in ihrer Nachbarschaftsarbeit vor Ort zu unterstützen.

11. Für Flüchtlingskinder sollten spezielle altersgerechte Betreuungsangebote vorgehalten und Maßnahmen zur Freizeitgestaltungangeboten werden.
12. Kinder und Jugendliche im schulpflichtigen Alter werden zügig und wohnortnah einer Bildungseinrichtung zugewiesen. Nur das schnelle Erlernen der deutschen Sprache und der Kontakt zu Gleichaltrigen eröffnen den Betroffenen ausreichend Bildungs- und Zukunftschancen. Für diesen Zweck sind ausreichende Raum- und Lehrerkapazitäten bereitzustellen.
Wir bitten die Verwaltung gemeinsam mit der Bezirksregierung und den betroffenen Schulleitungen geeignete Maßnahmen für eine schulische Versorgung der Flüchtlingskinder zu beraten, beschließen und umsetzen.
13. Die Verwaltung wird beauftragt weiter die Chancen und Risiken mit dem Land zu verhandeln die mit der Schaffung einer Erstaufnahmeeinrichtung des Landes verbunden sind.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke. sowie bei Stimmenthaltung von Ratsmitglied Zimmermann (Deine Freunde) zugestimmt.

Anmerkungen:

- Diese Angelegenheit wurde gemeinsam mit den Punkten

- 3.1.4 Antrag der Fraktion Die Linke. und der Ratsmitglieder Henseler (Freie Wähler Köln) und Zimmermann (Deine Freunde) betreffend "Nachbarschaftskonzept für Flüchtlingsheime"
AN/0215/2014
- 3.1.8 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend "Das Boot ist voll: Neubelegungen für Asylbewerber nur noch nach Ratsbeteiligung"
AN/0179/2014
- 10.1 Errichtung von Wohnhäusern auf städtischen Grundstücken zur Unterbringung von Flüchtlingsfamilien
2649/2013

behandelt

- Ratsmitglied Wiener verlässt die Ratssitzung endgültig.

3.1.3 Antrag der FDP-Fraktion betreffend "Herzstück Domumfeld – Entree der Gäste aus aller Welt – Schandfleck Toilettencontainer" AN/1517/2013

**Änderungsantrag der FDP-Fraktion
AN/0261/2014**

**Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die
Grünen
AN/0268/2014**

**Beschluss gemäß Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis
90/Die Grünen:**

Die Verwaltung wird beauftragt, für den öffentlichen Toilettenbedarf im unmittelbaren Domumfeld eine ansprechendere Lösung zu finden und zu realisieren.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich - gegen die Stimmen der CDU-Fraktion bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke. sowie bei Enthaltung von Ratsmitglied Henseler (Freie Wähler Köln) - zugestimmt.

Anmerkung:

Ratsmitglied Houben (FDP-Fraktion) erklärt, dass sich seine Fraktion dem Änderungsantrag anschließt.

**3.1.4 Antrag der Fraktion Die Linke. und der Ratsmitglieder Henseler (Freie
Wähler Köln) und Zimmermann (Deine Freunde) betreffend "Nachbar-
schaftskonzept für Flüchtlingsheime"
AN/0215/2014**

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Köln bedankt sich bei den zahlreichen Initiativen, die die Unterbringung von Flüchtlingen menschenwürdig gestalten, z. B.:
 - bei den Kirchen für die Bereitstellung von Gebäuden aus ihrem eigenen Bestand, um zusätzliche Unterbringungen zu schaffen
 - bei der Kölner Freiwilligen Agentur e.V. und dem Kölner Flüchtlingsrat e.V. für das Projekt „Mentor/innen für Flüchtlingsfamilien“
 - beim Kölner Appell für seine „Nikolaus-Aktion“
 - beim Bündnis „Schäl Sick gegen Rassismus“ für seine Willkommens-Aktion im Hotel „Arena One“ in Kalk

- beim Ehrenfelder Veedelsmanagement e. V. für seine Aktivitäten zu den rumänischen und bulgarischen Wanderarbeitern
 - beim Verein „Wir helfen e. V.“
 - beim Tonstudio „Parkhaus Studio“ für ihr musisch-kulturelles Angebot für die Flüchtlinge
 - bei den Schulen, die trotz angespannter Personalsituation Großartiges bei der Integration von Flüchtlingskindern leisten, z. B. durch die Bereitstellung von Seiteneinsteigerplätzen
2. Es werden zwei zusätzliche Stellen „Koordinator/-innen für Nachbarschaftsarbeit“ geschaffen. Eine/r der beiden Koordinatoren/-innen soll beim Wohnungsamt angesiedelt werden, die andere Stelle bei einem zivilgesellschaftlichen Träger, der sich bereits in der nachbarschaftlichen Flüchtlingsarbeit engagiert. Sie sollen auch dazu beitragen, dass bürokratische Hemmnisse abgebaut und zivilgesellschaftliches Engagement erleichtert wird. Aus den Erfahrungen mit den zivilgesellschaftlichen Aktivitäten soll ein Nachbarschaftskonzept entwickelt werden, das beinhaltet, wie diese Aktivitäten angeregt, verstärkt und unterstützt werden können. Es soll auch beinhalten, wie Mediatoren bei Konflikten miteinbezogen werden können. Dieses Konzept wird dem Rat vorgelegt.
 3. Für Beschwerden der Anwohner und der Flüchtlinge wird ein/-e unabhängige/-r Ombudsmann/-frau bestellt.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke. sowie gegen die Stimmen der Ratsmitglieder Henseler (Freie Wähler Köln) und Zimmermann (Deine Freunde) **abgelehnt**.

Anmerkung:

Diese Angelegenheit wurde gemeinsam mit den Punkten

3.1.2 Antrag der CDU-Fraktion betreffend "Flüchtlingspolitik in Köln"
AN/0121/2014

Änderungsantrag der FDP-Fraktion
AN/0252/2014

Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/0267/2014

3.1.8 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend "Das Boot ist voll: Neubelegungen für Asylbewerber nur noch nach Ratsbeteiligung"
AN/0179/2014

- 10.1 Errichtung von Wohnhäusern auf städtischen Grundstücken zur Unterbringung von Flüchtlingsfamilien
2649/2013

behandelt

3.1.5 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend "Veröffentlichung der Redebeiträge von pro Köln im Internet"

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln nimmt zustimmend zur Kenntnis, dass die Mitglieder der Fraktion pro Köln mit der Veröffentlichung ihrer Redebeiträge in den Sitzungen des Rates als Videodatei zum Abruf im Internet einverstanden sind, b. z. w., dieses ausdrücklich befürworten.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich – gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln – **abgelehnt**.

3.1.6 Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Nutzung der Windenergie in Köln" AN/0214/2014

Änderungsantrag der FDP-Fraktion AN/0262/2014

Beschlüsse:

I. Beschluss gemäß Änderungsantrag der FDP-Fraktion:

Der Rat möge beschließen:

Der Rat bekräftigt die Aussage des Oberbürgermeisters aus seiner Vorlage zum integrierten Klimaschutzkonzept (DS 2567/2013, S. 6) bezüglich der ablehnenden Haltung zum Neubau großer Windkraftanlagen, "für den es weder die erforderlichen Flächen noch günstige Wind-verhältnisse gibt. Deshalb kann sich die Stadt Köln der Umsetzung dieses Zieles nur über Beteiligungen und Kooperationsprojekte der RheinEnergie AG außerhalb der Stadtgrenzen („Andasol“, Windparks etc.) nähern."

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion und der Fraktion pro Köln **abgelehnt**.

II. Beschluss gemäß Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

1. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, inwieweit auf Kölner Stadtgebiet sinnvoll ein für Windturbinen attraktives Gebiet als Konzentrationszone ausgewiesen werden kann.
2. Das Ergebnis der Prüfung und konkrete Vorschläge für die Ausweisung einer geeigneten Fläche sind dem Stadtentwicklungsausschuss und dem Ausschuss für Umwelt und Grün zur Vorberatung und dem Rat vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke. sowie den Stimmen der Ratsmitglieder Henseler (Freie Wähler Köln) und Zimmermann (Deine Freunde) zugestimmt.

3.1.7 Antrag der FDP-Fraktion betreffend "Weitere Auswertung des Masterplans zum Zwecke des Wohnungsbaus" AN/0191/2014

Beschluss:

Gemäß Antrag von Ratsmitglied Noack verweist der Rat den Antrag der FDP-Fraktion zur weiteren Beratung in die folgenden Gremien:

- Stadtentwicklungsausschuss
- Lenkungsgruppe Masterplan

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion zugestimmt.

3.1.8 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend "Das Boot ist voll: Neubelegungen für Asylbewerber nur noch nach Ratsbeteiligung" AN/0179/2014

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt:

Der Rat weist die Verwaltung an, künftig jede Neubelegung für Asylbewerber oder Flüchtlinge vorab durch den Rat oder zumindest den Hauptausschuss beraten und

beschließen zu lassen. Auch die zuständigen Fachausschüsse und Bezirksvertretungen müssen in den Entscheidungsprozess frühzeitig eingebunden werden. Dies gilt insbesondere auch für die Neuanmietung von Bestandsimmobilien, Hotels oder Pensionen und die Errichtung von sogenannten Containerdörfern.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich – gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln – **abgelehnt**.

Anmerkung:

Diese Angelegenheit wurde gemeinsam mit den Punkten

3.1.2 Antrag der CDU-Fraktion betreffend "Flüchtlingspolitik in Köln"
AN/0121/2014

Änderungsantrag der FDP-Fraktion
AN/0252/2014

Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/0267/2014

3.1.4 Antrag der Fraktion Die Linke. und der Ratsmitglieder Henseler (Freie Wähler Köln) und Zimmermann (Deine Freunde) betreffend "Nachbarschaftskonzept für Flüchtlingsheime"
AN/0215/2014

10.1 Errichtung von Wohnhäusern auf städtischen Grundstücken zur Unterbringung von Flüchtlingsfamilien
2649/2013

behandelt

**3.1.9 Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend "Keine Einschränkung der Öffnungszeiten von Schwimmbädern der KölnBäder GmbH"
AN/0204/2014**

Beschlüsse:

I. Beschluss über den Geschäftsordnungsantrag von Ratsmitglied van Benthem:

Der Rat beschließt, die Beratung zu beenden.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln und gegen die Stimme von Ratsmitglied Henseler (Freie Wähler Köln) sowie bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke. **zugestimmt.**

II. Beschluss gemäß Antrag der Fraktion Die Linke.:

Der Rat der Stadt Köln fordert die von ihm entsandten Mitglieder des Aufsichtsrates der KölnBäder GmbH auf, darauf hinzuwirken, dass die von der Geschäftsführung des Unternehmens im Januar angekündigten Einschränkung der Öffnungszeiten in verschiedenen Bädern per Beschluss des Aufsichtsrates zurück genommen werden.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln, der Fraktion Die Linke. und gegen die Stimme von Ratsmitglied Henseler (Freie Wähler Köln) sowie bei Stimmenthaltung von Ratsmitglied Zimmermann (Deine Freunde) **abgelehnt.**

Anmerkung:

Bürgermeisterin Scho-Antwerpes übernimmt im Anschluss die Sitzungsleitung.

3.1.10 Antrag von Ratsmitglied Thor-Geir Zimmermann betreffend "Autofreier Sonntag - Autofreies Köln" AN/0212/2014

Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen AN/0269/2014

Beschluss gemäß Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

1. Der Rat begrüßt Initiativen aus der Bürgerschaft, in den Stadtbezirken einen „autofreien Sonntag“ durchzuführen. Insofern begrüßt der Rat auch die Beschlüsse der Bezirksvertretungen Lindenthal vom 03.02.2014 und Ehrenfeld vom 28.01.2013. Entscheidend ist, dass solche Aktionstage im Rahmen der kommunalen Umwelt- und Klimaschutzpolitik durch das Bürgerengagement in den Stadtbezirken getragen werden.
2. Der Rat bittet die Verwaltung entsprechende Initiativen, die auf Basis bürgerschaftlichen Engagements mit Beteiligung der jeweilig zuständigen Bezirksvertretungen vorbereitet werden, im Rahmen des Möglichen zu unterstützen, z.B. Durchführung der notwendigen verkehrsorganisatorischen Maßnahmen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion, der Fraktion pro Köln, der Fraktion Die Linke. sowie gegen die Stimmen der Ratsmitglieder Henseler (Freie Wähler Köln) und Zimmermann (Deine Freunde) zugestimmt.

**3.1.11 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend "Fachtagung zur organisierten Kriminalität mit Oberstaatsanwalt a.D, Egbert Bülles"
AN/0181/2014**

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt:

Eine Fachtagung mit dem bekannten Buchautor und Oberstaatsanwalt a. D. Egbert Bülles zum Thema: „Schutz der Kölner Bevölkerung vor organisierter Kriminalität“ zu organisieren und durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich – gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln – **abgelehnt**.

**3.1.12 Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend "Kölner Sozialbericht über Lebenslagen und Integration endlich erstellen"
AN/0213/2014**

Beschluss:

Der Rat beschließt:

Der Sozialplaner/die Sozialplanerin soll aus den in Kürze zu erwartenden Daten, Indizes und Erhebungen aus dem Monitoring Stadtentwicklung regelmäßig den am 08.11.2007 einstimmig vom Rat der Stadt Köln beschlossenen „Lebenslagen- und Integrationsbericht“ erstellen und Politik und Öffentlichkeit vorstellen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion und der Fraktion pro Köln zugestimmt.

Anmerkung:

Nachdem die zuständige Beigeordnete Frau Reker zu der Angelegenheit Stellung genommen hat, erklärt Frau Stahlhofen Ziffer 1 des Antrages für erledigt.

3.1.13 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend "Langfristiger Schutz des Reiterdenkmals am Heumarkt"
AN/0184/2014

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt:

- 1.) Eine umfassende Bestandsaufnahme bezüglich des Zustandes des Reiterdenkmals durchzuführen und dem Rat der Stadt Köln vorzustellen.
- 2.) Dem Stadtrat eine Kostenschätzung für eine umfassende Renovierung und ein Finanzierungs-konzept vorzulegen
- 3.) Zu prüfen, ob die Denkmalpflege in anderer Organisationform bzw. in anderer organisatorischer Zuständigkeit sinnvoller ist.
- 4.) Die rechtliche Voraussetzungen zu schaffen um formaljuristisch den Status als Denkmal zu erlangen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich – gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln – **abgelehnt**.

3.1.14 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend "Realisierung einer beleuchteten Joggingstrecke"
AN/0185/2014

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt:

- 1.) Die Planungen und bauliche Umsetzung der beleuchteten Joggingstrecke im linksrheinischen Köln unter Federführung des Sportamtes der Stadt Köln umzusetzen.
- 2.) Dem Rat ein Planungskonzept für eine wintertaugliche Joggingstrecke am rechtsrheinischen Rheinufer zwischen Deutzer Brücke und Südbrücke vorzulegen

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln **abgelehnt**.

3.2 Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen gemäß § 37 Absatz 5 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4.1 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend "Kostensteigerungen bei Großprojekten" AN/0136/2014

**Antwort der Verwaltung vom 11.02.2014
0435/2014**

Hierzu liegt eine schriftliche Antwort der Verwaltung vor.

Stadtdirektor Kahlen beantwortet die Nachfragen von Ratsmitglied Detjen.

4.2 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend "Rechtsform und Handlungsmöglichkeiten der stadteigenen Wohnungsunternehmen" AN/0225/2014

**Antwort der Verwaltung vom 11.02.2014
0430/2014**

Hierzu liegt eine schriftliche Antwort der Verwaltung vor.

Anmerkungen:

- Diese Angelegenheit wurde gemeinsam mit Punkt

3.1.1 Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "GAG Immobilien AG - Optimierte Ausrichtung auf die aktuellen wohnungspolitischen Herausforderungen"
AN/0210/2014

behandelt.

- Oberbürgermeister Roters übernimmt wieder die Sitzungsleitung.

4.3 Anfrage von Ratsmitglied Henseler (Freie Wähler Köln) betreffend "Gesamtkosten des Projekts Archäologische Zone/Jüdisches Museum, bisher abgeflossene Mittel, erwartete Kostensteigerung und Folgekosten" AN/0229/2014

Eine Beantwortung der Anfrage konnte von der Verwaltung noch nicht vorgelegt werden. Der Oberbürgermeister kündigt die Erledigung der Angelegenheit zur folgenden Sitzung des Rates – am 08.04.2014 – an.

**4.4 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend "Kölner Pilotprojekt zur Integration von Zuwanderern und Zuwanderinnen aus Südosteuropa"
AN/0230/2014**

**Antwort der Verwaltung vom 11.02.2014
0492/2014**

Hierzu liegt eine schriftliche Antwort der Verwaltung vor.

Anmerkung:

Diese Angelegenheit wurde gemeinsam mit Punkt

10.20 Kölner Pilotprojekt zur Integration von Zuwanderern und Zuwanderinnen aus Südosteuropa
0035/2014

behandelt.

**4.5 Anfrage der CDU-Fraktion betreffend "Effektive Maßnahmen zur Vermeidung von Korruption"
AN/0236/2014**

Der Oberbürgermeister weist darauf hin, dass die Angelegenheit verfristet vorgelegt worden sei und kündigt die Beantwortung für die folgende Sitzung des Rates – am 08.04.2014 – an.

**4.6 Anfrage der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion betreffend "Unterschriftensammlung gegen den Ratsbeschluss aus dem Jahre 2011 zur Archäologische Zone / Jüdisches Museum"
AN/0259/2014**

Der Oberbürgermeister weist darauf hin, dass die Angelegenheit verfristet vorgelegt worden sei und kündigt die Beantwortung für die folgende Sitzung des Rates – am 08.04.2014 – an.

**4.7 Anfrage der CDU-Fraktion betreffend "Mehr Bürgerbeteiligung in wichtigen kommunalpolitischen Themen?"
AN/0265/2014**

Der Oberbürgermeister weist darauf hin, dass die Angelegenheit verfristet vorgelegt worden sei und kündigt die Beantwortung für die folgende Sitzung des Rates – am 08.04.2014 – an.

**4.8 Anfrage von Ratsmitglied Zimmermann betreffend "Archiveinsturz und rechtliche Folgen"
AN/0032/2014**

**Antwort der Verwaltung vom 11.02.2014
0274/2014**

Hierzu liegt eine schriftliche Antwort der Verwaltung vor.

5 Einwohner, Einwohnerinnen, Bürger und Bürgerinnen

5.1 Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.2 Einwohnerantrag gemäß § 25 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.3 Bürgerbegehren und Bürgerentscheid gemäß § 26 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

Zu diesen Punkten liegt nichts vor.

5.4 Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates gemäß § 27 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

**5.4.1 Beschluss des Integrationsrates zu den Anschlägen des NSU in Köln - Überlegungen zur Gestaltung eines Denkmals
0261/2014**

Beschluss:

Der Rat folgt der Entscheidung des Integrationsrates und bittet die Verwaltung kurzfristig um Vorlage geeigneter Vorschläge und eine Darstellung der Finanzierungsmöglichkeiten.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich – gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln – zugestimmt.

**5.4.2 Beschluss des Integrationsrates - Einrichtung von bilingualen Gruppen zur Förderung der natürlichen Mehrsprachigkeit in städtischen Kindertagesstätten
0254/2014**

Beschluss:

Der Rat verweist den Antrag des Integrationsrates - vor Befassung durch den Rat - zur Vorberatung in den Jugendhilfeausschuss.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln zugestimmt.

Anmerkung:

Wegen beleidigender Äußerungen gegen das Ratsmitglied Kara, erteilt der Oberbürgermeister Ratsmitglied Uckermann einen Ordnungsruf (zu den Einzelheiten wird auf das Wortprotokoll der Sitzung verwiesen).

6 Ortsrecht

6.1 Satzungen

**6.1.1 Neufassung der Satzung für die Friedhöfe und die Feuerbestattungsanlage der Stadt Köln
4077/2013**

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (siehe hierzu auch Ziffer IV – Seite 5).

6.1.2 1. Satzung zur Änderung der Satzung des Kommunalunternehmens Stadtentwässerungsbetriebe Köln, Anstalt des öffentlichen Rechts über die Entwässerung der Grundstücke, die Abwasserbeseitigung und den

**Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage - Abwasserbeseitigungs-
konzept
4283/2013**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln nimmt die 1. Satzung zur Änderung der Satzung des Kommunalunternehmens Stadtentwässerungsbetriebe Köln, Anstalt des öffentlichen Rechts über die Entwässerung der Grundstücke, die Abwasserbeseitigung und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage – Abwassersatzung – in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung (Anlage 1) zustimmend zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich – gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln – zugestimmt.

**6.1.3 Neufassung der Betriebssatzung der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln
3902/2013**

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (siehe hierzu auch Ziffer IV – Seite 5).

6.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und ähnliches

**6.2.1 Neufassung der Friedhofsgebührensatzung der Stadt Köln
4132/2013**

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (siehe hierzu auch Ziffer IV – Seite 5).

6.3 Ordnungsbehördliche Verordnungen

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

6.4 Sonstige städtische Regelungen

**6.4.1 Ausländerrechtliche Beratungskommission- Änderung der Geschäftsordnung
4141/2013**

Beschluss:

Der Rat stimmt der Änderung in § 2 Abs. 1 der Geschäftsordnung der Ausländerrechtlichen Beratungskommission zu.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**6.4.2 Beschluss der Wahlordnung für die Wahl des Integrationsrates der Stadt Köln
0075/2014**

Beschluss:

Der Rat beschließt die Wahlordnung für die Wahl des Integrationsrates der Stadt Köln in der als Anlage 1 zu diesem Beschluss vorliegenden Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich – gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln – zugestimmt.

7 Unterrichtung des Rates gemäß § 82 Absatz 1 und § 84 Absatz 1 Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen über die vom Kämmerner genehmigten Mehraufwendungen

8 Überplanmäßige Aufwendungen

9 Außerplanmäßige Aufwendungen

Zu diesen Punkten liegt nichts vor.

10 Allgemeine Vorlagen

10.1 Errichtung von Wohnhäusern auf städtischen Grundstücken zur Unterbringung von Flüchtlingsfamilien 2649/2013

Beschluss gemäß Empfehlung der Bezirksvertretung Nippes aus ihrer Sitzung am 30.01.2014:

Der Rat beschließt die Planung zur Errichtung von Wohngebäuden auf den folgenden städtischen Grundstücken zur Unterbringung von Flüchtlingsfamilien:

- Lachemer Weg, 50737 Köln-Longerich, Gemarkung Longerich, Flur: 97, Flurstück: 273

Der Rat ermächtigt die Verwaltung, die Leistungsphasen 1 bis 4 in Auftrag zu geben. Aufgrund der konstant stark ansteigenden Flüchtlingszahlen ist eine zeitliche Optimierung der Abläufe unerlässlich, um möglichst schnell neue Kapazitäten der Unterbringung zu schaffen.

Der Rat beschließt die außerplanmäßige Bereitstellung der Investitionsmittel im Haushaltsjahr 2013 im Teilfinanzplan 1004, Teilfinanzplanzeile 08, Auszahlung für Baumaßnahmen, bei den Finanzstellen:

- 5620-1004-5-5128 Neubau Lachemer Weg; i. H. v. 81.000 €

Die Deckung erfolgt im Haushaltsjahr 2013 durch entsprechende Wenigerauszahlungen in Höhe von 81.000 € im Teilfinanzplan 1003, Teilfinanzplanzeile 11, Auszahlung von aktivierbaren Zuwendungen bei Finanzstelle 5600-1003-0-1000 - Wohnungsbauprogramm: Ankauf von Mietpreis- und Belegungsbindungen.

Dabei ist darauf zu achten, dass Kita- und Schulplätze in ausreichender Anzahl vorhanden sind.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich – gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion und der Fraktion pro Köln zugestimmt.

Anmerkung:

Diese Angelegenheit wurde gemeinsam mit den Punkten

- 3.1.2 Antrag der CDU-Fraktion betreffend "Flüchtlingspolitik in Köln"
AN/0121/2014

Änderungsantrag der FDP-Fraktion
AN/0252/2014

Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/0267/2014

3.1.4 Antrag der Fraktion Die Linke. und der Ratsmitglieder Henseler (Freie Wähler Köln) und Zimmermann (Deine Freunde) betreffend "Nachbarschaftskonzept für Flüchtlingsheime"
AN/0215/2014

3.1.8 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend "Das Boot ist voll: Neubelegungen für Asylbewerber nur noch nach Ratsbeteiligung"
AN/0179/2014

behandelt

**10.2 Baubeschluss für die Erneuerung des Verkehrsrechnersystems sowie Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes; hier: Teilfinanzplan 1201, Straßen, Wege, Plätze, Finanzstelle 6601-1201-0-1056, Verkehrsrechnersystem, Erneuerung, Teilplanzeile 8, Auszahlungen für Baumaßnahmen
3616/2013**

Beschluss:

1. Der Rat beauftragt die Verwaltung mit der Erneuerung des Verkehrsrechnersystems mit Gesamtkosten in Höhe von 2.641.800 €
2. Der Rat beschließt die Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen für die Erneuerung des Verkehrsrechnersystems in Höhe von 664.500 € im Teilfinanzplan 1201, Straßen, Wege, Plätze bei Finanzstelle 6601-1201-0-1056, Verkehrsrechnersystem, Erneuerung, Teilplanzeile 8, Auszahlungen für Baumaßnahmen, im Haushaltsjahr 2014.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.3 Generalsanierung und Erweiterung der Hauptfeuerwehrzentrale Köln Weidenpesch
3892/2012**

**Änderungsantrag der CDU-Fraktion
AN/0248/2014**

I. Beschluss gemäß mündlichen Änderungsanträgen der Ratsmitglieder Gordes und Frank:

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt modifiziert:

Die Gesamtinvestition für die Generalsanierung und Erweiterung der Feuerwehrhauptzentrale und dem Neubau eines Gerätehauses wird auf 40,6 Mio. € limitiert.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

II. Beschluss gemäß Ziffer 6 des Änderungsantrages der CDU-Fraktion:

Der Beschlussvorschlag der Verwaltung wird um folgenden Punkt ergänzt:

- 6) Das gesamte Vorhaben ist durch ein externes Baukosten-Controlling mit periodischer Berichterstattung an den Bauausschuss und den Finanzausschuss begleiten zu lassen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich - gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion und der Fraktion pro Köln - **abgelehnt**.

III. Beschluss über die Vorlage in geänderter Fassung:

1. Der Rat genehmigt die Kostenberechnung zur Generalsanierung und Erweiterung der Feuerwehrhauptzentrale und dem Neubau eines Gerätehauses für den Fernmeldedienst der Freiwilligen Feuerwehr Köln, Scheibenstr. 13, 50737 Köln-Weidenpesch mit Gesamtkosten von 39,38 Mio. Euro und beauftragt die Verwaltung mit der Weiterplanung, Submission und Baudurchführung
2. Der Rat beauftragt die Verwaltung mit der Prüfung, ob das Projekt „Nutzung Wärme aus Abwasser“ im Rahmen dieses Bauprojektes Anwendung finden kann. Unter der Voraussetzung einer positiven Standortanalyse (Ergebnis des Gutachtens) wird die RheinEnergie Köln die gesamten Investitionskosten sowie weiteren Betriebskosten zum Betreiben der Energiegewinnung „Wärme aus Abwasser“ übernehmen. Die Stadt Köln (Feuerwehr) wird weiterhin den verbrauchsabhängigen Vergleichsgaspreis entrichten, so dass bei der EU-subsidierten Nutzung der regenerativen Energie „Wärme aus Abwasser“ keine Mehrkosten (Investitions- und Betriebskosten) aber auch keine wirtschaftlichen Vorteile entstehen.
3. Die RheinEnergie hat Interesse, Teile der Dachflächen für eine Photovoltaikanlage zu nutzen. Für die Feuerwehr entstehen bei der Umsetzung dieser Maßnahme keine Kosten, allerdings auch keine wirtschaftlichen Vorteile. Für die RheinEnergie dient dieses Projekt auf dem Dach der Feuerwehrhauptzentrale neben dem Aspekt der Stromgewinnung als Leuchtturmprojekt. Insgesamt kann diese

Maßnahme das Image der Stadt Köln als zukunftsorientierte und auf Nachhaltigkeit bedachte Stadt nur positiv unterstützen. Der Rat beauftragt die Verwaltung, dieses Projekt gemeinsam mit der RheinEnergie zu realisieren.

4. Der Rat beschließt die erste Freigabe der zur Baudurchführung notwendigen Mittel in Höhe von 9.050.000 Euro im Teilfinanzplan 0212, Brand- und Bevölkerungsschutz, Rettungsdienst, bei Zeile 8, Auszahlungen für Baumaßnahmen, bzw. Finanzstelle 3701-0212-5-5400 „Generalsanierung FW5 (7.650.000€) und 3701-0212-0-5700 „Gerätehaus Fernmeldedienst“ (1.400.000€), Haushaltsjahr 2013.

Die Abschreibungen sind im Teilergebnisplan 0212 bei Zeile 14 veranschlagt.

5. Die Gesamtinvestition für die Generalsanierung und Erweiterung der Feuerwehrhauptzentrale und dem Neubau eines Gerätehauses wird auf 40,6 Mio. € limitiert.
6. Es erfolgt eine Baukostencontrolling mit periodischer Berichterstattung an den Bauausschuss und den Finanzausschuss.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:

Die weitere Ergänzung der Vorlage – neue Ziffer 6 – beruht auf einem mündlichen Änderungsantrag von Ratsmitglied Frank.

10.4 Baubeschluss für den Ausbau der Verlängerung der Industriestraße in Köln-Fühligen von Merianstraße bis Mennweg sowie Freigabe von investiven Haushaltsermächtigungen des Finanzplanes; hier Teilfinanzplan 1201, Straßen, Wege, Plätze, Finanzstelle 6601-1201-6-5036, Industriestraße (Merianstraße - Mennweg), Teilplanzeile 8, Auszahlungen für Baumaßnahmen 3976/2013

Beschluss:

1. Der Rat beauftragt die Verwaltung mit der Realisierung der Verlängerung der Industriestraße mit Gesamtkosten in Höhe von 12.737.000 €
2. Der Rat beschließt die Freigabe von Kassenmitteln für die Verlängerung der Industriestraße in Höhe von 2.000.000 € sowie von Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 3.000.000 € im Teilfinanzplan 1201, Straßen, Wege, Plätze

bei Finanzstelle 6601-1201-6-5036, Industriestraße (Merianstraße – Mennweg), Teilplanzeile 8, Auszahlungen für Baumaßnahmen, im Haushaltsjahr 2014.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

- 10.5 1. Bedarfsfeststellung und Vorbereitung des Vergabeverfahrens
hier: Beschaffung von 500 Parkscheinautomaten
2. Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes
hier: Teilfinanzplan 1201, Straßen, Wege, Plätze, Finanzstelle 6606-1201-0-1000 (Maßnahmen zur Parkraumbewirtschaftung)
4068/2013**

I. Beschluss über den mündlich vorgetragenen Änderungsantrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion:

Der Rat beschließt die Ersatzbeschaffungen auf 250 Parkscheinautomaten zu beschränken.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich - gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion - **abgelehnt**.

II. Beschluss gemäß Verwaltungsvorlage:

1. Der Rat stellt den Bedarf zur Beschaffung von 500 Parkscheinautomaten fest und beauftragt die Verwaltung, das entsprechende Vergabeverfahren vorzubereiten. Auf eine Wiedervorlage im Rahmen des Vergabeverfahrens wird verzichtet.
2. Der Rat beschließt die Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen in Höhe von 1,5 Mio. Euro und Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 1 Mio. Euro im Teilfinanzplan 1201, Straßen, Wege, Plätze bei der Finanzstelle 6606-1201-0-1000 (Maßnahmen zur Parkraumbewirtschaftung), Teilplanzeile 8 – Auszahlungen für Baumaßnahmen, Haushaltsjahr 2014.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich - gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion und der Fraktion pro Köln - **zugestimmt**.

**10.6 Integriertes Klimaschutzkonzept Köln 2013
2567/2013**

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (siehe hierzu auch Ziffer IV - Seite 6).

**10.7 Bestellung von Mitgliedern in den Aufsichtsrat der KölnVorsorge - Sterbeversicherung VVaG
4011/2013**

Beschluss:

Der Rat beschließt,

Frau VA Dorothee Schneider, Kämmerei, und
Herrn VA Thomas Blaeser, Zusatzversorgung und Beihilfe,

als städtische Vertreter in den Aufsichtsrat der KölnVorsorge – Sterbeversicherung VVaG zu bestellen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.8 Bestellung eines stellvertretenden Pflichtmitgliedes des Jugendhilfeausschusses
0099/2014**

Beschluss:

Der Rat nimmt Kenntnis, dass das Polizeipräsidium Köln

Herrn Bernd Reuther

als stellvertretendes Pflichtmitglied in den Jugendhilfeausschuss bestellt. Er ersetzt damit Frau Elke Polage.

Herr Bernd Reuther wird die Vertretung von Herrn Wolfgang Wendelmann wahrnehmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.9 Mitteilung über eine Kostenerhöhung gemäß § 24 Abs. 2 GemHVO i.V.m. § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln für das Haushaltsjahr 2014 bei der Finanzstelle 6903-1202-5-7110, Neusser Str. /Gürtel-Einbau v. Aufzügen
4103/2013**

Beschluss:

Der Rat nimmt die weitere Kostenerhöhung für den nachträglichen Einbau von zwei Aufzügen sowie der Errichtung von zwei zusätzlichen Zugängen in die Stadtbahnhaltestelle Neusser Straße / Gürtel in Höhe von 680.000,00 € zur Kenntnis. Die Gesamtkosten betragen nun 5.212.901,43 €.

Zur Finanzierung des Mehrbedarfes beschließt der Rat die Freigabe der im Teilfinanzplan 1202, Teilplanzeile 8 – Auszahlungen für Baumaßnahmen, bei Finanzstelle 6903-1202-5-7110, Hst. Neusser Str./Gürtel-Einbau v. Aufzügen, Hj. 2014, zur Verfügung stehenden Auszahlungsermächtigungen i.H.v. 680.000,00 €.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.10 Zusetzung von 4,5 auf drei Jahre befristete Stellen für das durch das Landeszentrum Gesundheit Nordrhein-Westfalen geförderte Projekt "Optimierung von Früherkennung und Versorgung von Kindern und jungen Menschen mit Zeichen einer psychischen Störung"
4105/2013**

Beschluss:

Der Rat beschließt unter dem Vorbehalt der Umsetzung der angekündigten Förderung durch das Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter (MGEPA) die auf drei Jahre befristete Zusetzung von 4,5 Stellen für das Projekt „Optimierung von Früherkennung und Versorgung von Kindern und jungen Menschen mit Zeichen einer psychischen Störung“, welches durch das Gesundheitsamt durchgeführt werden soll (Projektstart 15.03.2014, Projektende 14.03.2017).

Es handelt sich um folgende Stellen:

2,0 Stellen Facharzt / Ärztin für Kinder- und Jugendpsychiatrie Vgr. Ib/Ia BAT (E 15 TVöD)

1,0 Stelle Sozialarbeiter/in / -pädagog/e/in S 12 TVöD - SuE

1,5 Stellen Arzthelfer/in Vgr. VIII/VII BAT (E 3 TVöD)

Der Rat beschließt somit die befristete Zusetzung der o.g. Stellen zum Stellenplan 2015. Bis zum Inkrafttreten des Stellenplans wird verwaltungsintern eine entsprechende Verrechnung bereitgestellt.

Der Personalaufwand (Anlage 1) für die Jahre 2014 ff refinanziert sich auf Basis der für 2014 ermittelten Werte durch die Fördergelder des Landes.

Der Sachaufwand (Anlage 1) sowie die Auszahlung für Investitionen werden aus den im Teilplan 0701 - Gesundheitsdienste – veranschlagten Mitteln finanziert.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

10.11 Zuwendung an den Verein Sportstadt Köln e.V. zu den Personalkosten "Referent/-in Sportstadt Köln" 2838/2013

Beschlüsse:

I. Beschluss über den mündlich vorgetragenen Änderungsantrag von Ratsmitglied Uckermann:

Der Beschlusstext wird wie folgt geändert:

Der Rat der Stadt Köln verzichtet auf eine Zuwendung an den Verein Sportstadt Köln und der damit verbundenen (halben-)Stelle eines Referenten.

Die dafür vorgesehenen Mittel aus dem Projekt „Kids in the Clubs“ in Höhe von rd. 35.000 Euro sollen stattdessen den Ansatz der Jugendbeihilfe für Sportvereine entsprechend erhöhen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich – gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln – **abgelehnt**.

II. Beschluss gemäß Verwaltungsvorlage:

Der Rat ermächtigt die Sportverwaltung, dem Verein Sportstadt Köln e.V., zunächst befristet auf 1 Jahr, eine Zuwendung zur Finanzierung einer halben Stelle EG 11 „Referent / -in Sportstadt Köln „ in Höhe von 35.050 € p.a. zu gewähren.

Rechtzeitig vor Ablauf des einjährigen Förderzeitraumes ist der Rat über die vom Verein durchgeführten Maßnahmen und insbesondere über die Höhe der akquirierten

Fördergelder und des erzielten Mehrwertes, der durch das wirkungsorientierte Handeln des Vereins für die Sportstadt Köln entstanden ist, zu informieren.

Im HJ 2014 stehen im Teilergebnisplan 0801, Sportförderung, Teilplanzeile 15, Transferaufwendungen als Aufwandsermächtigung zur Verfügung. Die Finanzierung erfolgt innerhalb des Teilplans durch Wenigeraufwendungen für das Projekt Strategische Weiterentwicklung der Sportstadt Köln.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion, der Fraktion pro Köln und gegen die Stimme von Ratsmitglied Henseler (Freie Wähler Köln) sowie bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke. und bei Stimmenthaltung von Ratsmitglied Zimmermann (Deine Freunde) **zugestimmt**.

Anmerkung:

Bei dem von Ratsmitglied Uckermann vorgetragenen Änderungsantrag handelt es sich um einen Änderungsantrag, der von den Fraktionen der CDU und der FDP zur gleichen Beschlussvorlage - im Rahmen der Vorberatung - in der Sitzung des Sportausschusses vom 21.01.2014 vorgelegt und dort mehrheitlich abgelehnt worden war.

Ratsmitglied Breite widerspricht diesem Verfahren scharf und erklärt, dass es seines Erachtens unzulässig sei, wenn die Fraktion pro Köln den Änderungsantrag inhalts- gleich übernehme und sich diesen ohne Zustimmung mit den Urhebern aneigne.

10.12 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR hier: Gewässerentwicklungskonzept Köln 2810/2013

Beschluss:

Der Rat stimmt dem Gewässerentwicklungskonzept 2013 zu und beauftragt die Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB) vorbehaltlich der Sicherstellung der Finanzierung mit der Planung der vorgeschlagenen Maßnahmen sowie deren Umsetzung, soweit kein Einzelmaßnahmenbeschluss erforderlich ist.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt bei Enthaltung der FDP-Fraktion.

10.13 Familie-Ernst-Wendt-Stiftung - Wirtschaftsplan 2014 0093/2014

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln stellt den Wirtschaftsplan der Familie-Ernst-Wendt-Stiftung für das Wirtschaftsjahr 2014

im Erfolgsplan

mit Erträgen von	218.600 Euro
sowie Aufwendungen von	<u>82.200 Euro</u>

und einem Jahresüberschuss von	<u>136.400 Euro</u>
--------------------------------	---------------------

fest.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

10.14 Stationäre Geschwindigkeitsüberwachungsanlage BAB 1 - Rheinbrücke Leverkusen 4129/2013

Beschluss:

Zur Erledigung der Aufgabe „Stationäre Geschwindigkeitsüberwachungsanlage BAB 1 – Rheinbrücke Leverkusen“ werden weitere Mehrstellen erforderlich, die zum Stellenplan 2015 realisiert werden sollen.

Dazu beschließt der Rat der Stadt Köln die Zusetzung von 2,0 Stellen A6 ÜBesG NRW, 2,5 Stellen A7 ÜBesG NRW, 4,0 Stellen A8 ÜBesG NRW, 0,5 Stelle A9 m.D. ÜBesG NRW, 0,5 Stelle A9 g.D. ÜBesG NRW und 1,5 Stellen A10 ÜBesG NRW befristet auf zwei Jahre.

Da eine sofortige Besetzung notwendig ist, werden entsprechende Stellen im Vorgriff auf den Stellenplan 2015 verwaltungsintern zur Verfügung gestellt.

Die zusätzlichen Personalaufwendungen in der Teilplanzeile 11 werden durch Mehrerträge im Teilplan 0205 - Verkehrsüberwachung, in der Teilplanzeile 7 – sonstige ordentliche Erträge – in entsprechender Höhe gedeckt.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln sowie bei Stimmenthaltung der FDP-Fraktion zugestimmt.

**10.15 Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln
hier: Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2012
0121/2014**

Beschluss:

1. Der Rat stellt gemäß § 4 der Betriebssatzung i.V.m. § 4 der Eigenbetriebsverordnung Nordrhein-Westfalen den Jahresabschluss 2012 für die eigenbetriebsähnliche Veranstaltungszentrum Köln mit einer Bilanzsumme von 321.138.239,12 Euro und einem Jahresfehlbetrag von 3.490.724,11 Euro fest.
2. Der Rat erklärt sich damit einverstanden, dass der Jahresfehlbetrag 2012 von 3.490.724,11 Euro auf das Geschäftsjahr 2013 vorgetragen wird.
3. Der Betriebsleitung wird für das Geschäftsjahr 2012 Entlastung erteilt.
4. Dem Betriebsausschuss wird für das Geschäftsjahr 2012 Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.16 Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln
hier: Auflösung der Kapitalrücklage
0130/2014**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln erklärt sich gemäß § 10 Absatz 6 der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen mit der Abdeckung des aus dem Geschäftsjahr 2007 stammenden Verlustes von 4.535.030,08 Euro durch eine entsprechende Auflösung der Kapitalrücklage einverstanden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.17 Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln
hier: Wirtschaftsplan 2014
0223/2014**

Beschluss:

Der Rat stellt gemäß § 4 der Betriebssatzung i.V.m. § 4 der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (EigVO) den Wirtschaftsplan der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln für das Wirtschaftsjahr 2014 in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung fest.

Die Betriebsleitung wird ermächtigt, zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben Kassenkredite bis zum Höchstbetrag von 20,0 Mio. Euro in Anspruch zu nehmen.

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme zur Finanzierung von Ausgaben des Vermögensplans erforderlich ist, wird auf 12,0 Mio. Euro festgesetzt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

10.18 Betriebsführung Gebäudewirtschaft 0395/2014

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (siehe hierzu auch Ziffer IV - Seite 6).

10.19 Klimapartnerschaft zwischen Köln und Rio und zwischen Köln und Corinto hier: Projektzusagen 0040/2014

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt die Vertragsunterzeichnung der Projekte zwischen :

1. Stadt Köln und Rio de Janeiro zum Projekt: „Reduzierung schädlicher Klimagase durch kontrollierten Abbau von biogenen Fraktionen aus dem kommunalen Siedlungsabfall in Rio de Janeiro“
2. Stadt Köln und Corinto zum Projekt: „Schutzmaßnahmen und Reparatur des Deichs am Küstenstreifen der Hafenstadt Corinto“.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die notwendigen Vertragsunterschriften zu leisten. Im Haushaltsjahr 2014 stehen im Teilplan 0101 – politische Gremien, Verwaltungsarbeit und internationale Angelegenheiten in der Teilplanzeile 16 – sonstige ordentliche Aufwendungen Mittel in Höhe von 57.860,75 € zur Finanzierung des städtischen Eigenanteils zur Verfügung. In den Jahren 2015 - 2017 ist der städtische Anteil aus dem Budget des Amtes des Oberbürgermeisters zu finanzieren.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt bei Enthaltung der Fraktion pro Köln.

10.20 Kölner Pilotprojekt zur Integration von Zuwanderern und Zuwanderinnen aus Südosteuropa 0035/2014

Beschluss:

Der Rat beschließt die Projektträgerschaft der Stadt Köln für das „Kölner Pilotprojekt zur Integration von Zuwanderern und Zuwanderinnen aus Südosteuropa“ unter dem Vorbehalt der Förderung des Projektes aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds. Die Verwaltung wird im Rahmen der Projektträgerschaft mit der Projektkoordination, der Vernetzung der Partner sowie der inhaltlichen und administrativen Projektsteuerung beauftragt.

Auf Basis der bereits vorliegenden Genehmigung des Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes NRW (MAIS) zum förderunschädlichen Maßnahmebeginn stimmt der Rat dem Beginn der Maßnahme zu und beauftragt die Verwaltung mit dem Abschluss der Weiterleitungsverträge mit den Projektpartnern

- Caritas Zentrum Kalk
- Ehrenfelder Verein für Arbeit und Qualifizierung (eva e.V.)
- Lernende Region / Netzwerk Köln e.V..

Die Deckung des zusätzlich zur Verfügung zu stellenden Sach- und Transferaufwandes in den Hj. 2014 u. 2015 im Teilplan 0504, Freiwillige soziale Leistungen in Höhe von insgesamt 380.624 € p.a. erfolgt durch zweckgebundene Mehrerträge im gleichen Teilplan, Teilplanzeile 02, Zuwendungen und allgemeine Umlagen in gleicher Höhe.

Der von der Stadt Köln jährlich zu erbringende Eigenanteil in Höhe von 159.400 € p.a. erfolgt durch die Bereitstellung von Personal aus dem vorhandenen Bestand.

Zur Durchführung des Projektes beschließt der Rat für das Haushaltsjahr 2014 (vorbehaltlich der oben angeführten Förderung) die Einrichtung von 2 befristeten Stellen (mindestens gehobener Dienst) für die Zeit vom 01.01.2014 bis 31.12.2015.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln zugestimmt.

Anmerkung:

Diese Angelegenheit wurde gemeinsam mit Punkt

- 4.4 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend "Kölner Pilotprojekt zur Integration von Zuwanderern und Zuwanderinnen aus Südosteuropa"
AN/0230/2014

Antwort der Verwaltung vom 11.02.2014
0492/2014

behandelt.

**10.21 Genehmigung der Mittelverwendung für die Sonderausstellung Sigmar Polke. Retrospektive des Museums Ludwig
0266/2014**

Beschluss:

Der Rat beschließt die Mittelverwendung für die Sonderausstellung Sigmar Polke. Retrospektive des Museums Ludwig in Höhe von 1.485.000 € gem. dem in der Begründung aufgeführten Kosten-/Erlösplan unter dem Vorbehalt, dass eine Kostensteigerung oder Abweichung bei der Refinanzierung von mehr als 10 %, mindestens jedoch 10.000 €, dem Ausschuss für Kunst und Kultur zur Entscheidung vorgelegt wird.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

11 Bauleitpläne - Änderung des Flächennutzungsplanes

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

12 Bauleitpläne - Anregungen / Satzungen

**12.1 Beschluss über Stellungnahmen, Ergänzung sowie Satzungsbeschluss
betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 63460/04
Arbeitstitel: Oskar-Jäger-Straße in Köln-Ehrenfeld
4207/2013**

Beschluss:

Der Rat beschließt

1. über die zum Bebauungsplan-Entwurf 63460/04 für das Gebiet westlich der Oskar-Jäger-Straße 173 in Köln-Ehrenfeld —Arbeitstitel: Oskar-Jäger-Straße in Köln-Ehrenfeld— abgegebenen Stellungnahmen gemäß Anlage 3;
2. den Bebauungsplan-Entwurf 63460/04 nach § 4a Absatz 3 Baugesetzbuch (BauGB) zu ergänzen;
3. den Bebauungsplan 63460/04 mit gestalterischen Festsetzungen nach § 10 Absatz 1 BauGB in Anwendung des beschleunigten Verfahrens nach § 13a BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/ SGV NW 2 023) — jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich – gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der Fraktion pro Köln sowie bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke. – zugestimmt.

12.2 Aufhebung des Bebauungsplanes 5857/02 - Satzungsbeschluss - Arbeitstitel: Pferderennbahn in Köln-Roggendorf/Thenhoven 4249/2013

Beschluss:

Der Rat beschließt die Aufhebung des Bebauungsplanes 5857/02 für das Gebiet nördlich der Sinnersdorfer Straße zwischen dem Randkanal und der Bundesautobahn (BAB) 57 sowie östlich der BAB 57 (circa 350 m breit), nördlich der Sinnersdorfer Straße bis zum Straberger Weg in Köln-Roggendorf/Thenhoven —Arbeitstitel: Pferderennbahn in Köln-Roggendorf/Thenhoven— nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) —jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**12.3 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 66479/03
Arbeitstitel: Eisenachstraße in Köln-Nippes
4261/2013**

Beschluss:

Der Rat beschließt

1. über die zum Bebauungsplan-Entwurf 66479/03 für die Grundstücke beidseits der Eisenachstraße sowie nördlich und westlich des Wartburgplatzes in Köln-Nippes — Arbeitstitel: Eisenachstraße in Köln-Nippes— abgegebenen Stellungnahmen gemäß Anlage 4;
2. den Bebauungsplan 66479/03 mit gestalterischen Festsetzungen nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in Anwendung des vereinfachten Verfahrens nach § 13 BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) —jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich – gegen die Stimmen der CDU-Fraktion - zugestimmt.

**12.4 Satzungsbeschluss betreffend die 2. Änderung des Bebauungsplanes 71446/03
Arbeitstitel: Heßhofstraße in Köln-Vingst
0022/2014**

Beschluss:

Der Rat beschließt, die 2. Änderung des Bebauungsplanes 71446/03 für das Gebiet begrenzt im Westen durch die Gleisanlage im Bereich zwischen Ostheimer Straße und Plantagenstraße, südliche Grenze Heßhofplatz entlang südliche Richtung Kuthstraße entlang des Josef-Boschbach-Weges in Verlängerung der hinteren Grundstücksgrenze der Heßhofstraße einschließlich der Sportplatzanlage bis zur Ostheimer Straße —Arbeitstitel: Heßhofstraße in Köln-Vingst— nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/ SGV NW 2 023) —jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich – gegen die Stimmen der FDP-Fraktion bei Stimmenthaltung der Fraktion pro Köln - zugestimmt.

13 Bauleitpläne - Aufhebung von Bebauungs- / Durchführungs- / Fluchtlinienplänen

14 Erlass von Veränderungssperren

Zu diesen Punkten liegt nichts vor.

15 Weitere bauleitplanungsrechtliche Sachen

**15.1 Stadtentwicklungskonzept Wohnen
3443/2013**

**Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.
AN/0241/2014**

**Änderungsantrag der FDP-Fraktion
AN/0234/2014**

Beschlüsse:

I. Beschluss gemäß Ziffer III des Änderungsantrages der Fraktion Die Linke.:

III. Um das Ziel 2 zu erreichen und entsprechend der Leitlinie 2 wird die folgende Maßnahme dem Stadtentwicklungskonzept Wohnen hinzugefügt:

Maßnahme I5 „Aktivierung des Baulückenprogramms“ (Handlungsfeld Innenentwicklung)

Das Baulückenprogramm wird mit mehr Personal ausgestattet, um das Potential der Baulücken für den Wohnungsbau deutlich besser auszuschöpfen. Mit den derzeit 2 Stellen erwartet die Verwaltung nur eine Schaffung von 10 % der potentiell 13.200 Wohneinheiten.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion und der Fraktion Die Linke. bei Stimmenthaltung der Fraktion pro Köln und Stimmenthaltung der Ratsmitglieder Henseler (Freie Wähler Köln) und Zimmermann (Deine Freunde) **abgelehnt.**

II. Beschluss gemäß Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.:

I. Das folgende Ziel 8 und die zugehörige Maßnahme S4 werden dem Stadtentwicklungskonzept Wohnen hinzugefügt:

Ziel 8)

Die städtischen Wohnungsunternehmen tragen zur Schaffung einer größeren Zahl an preisgünstigen Mietwohnungen bei.

Um das Ziel 8 zu erreichen, wird die folgende Maßnahme hinzugefügt:

Maßnahme S4 „Stärkung der GAG und der weiteren städtischen Wohnungsunternehmen“ (Handlungsfeld Sozialorientierte Wohnungspolitik)

- Die Stadt erwirbt weitere Anteile an der GAG bis unterhalb der Schwelle, ab der Grunderwerbssteuer fällig würde. Die Verwaltung erarbeitet eine Möglichkeit, die restlichen Anteile mittelbar zu erwerben.
- Die GAG wird in die Gesellschaftsform überführt, die für eine Verstärkung des Engagements im sozialen Wohnungsbau am besten geeignet ist.
- Das Eigenkapital der GAG wird gestärkt. Hierzu verbleiben die Gewinne der GAG als Eigenkapital im Unternehmen.
- Die Verwaltung prüft die Möglichkeit, das Eigenkapital der GAG und der anderen stadt eigenen Wohnungsunternehmen durch Übertragung (für Wohnungsbau geeigneter) städtischer Liegenschaften zu erhöhen.
- Die Stadt bzw. ihre Wohnungsunternehmen nutzen den Vorrang vor privaten Käufern, den das Land NRW den Kommunen und den kommunaleigenen Wohnungsunternehmen beim Erwerb von landeseigenen Liegenschaften einräumt.

II. Das folgende Ziel 9 und die zugehörige Maßnahme B5 werden dem Stadtentwicklungskonzept Wohnen hinzugefügt:

Ziel 9)

Die Stadt Köln verfolgt eine langfristige und nachhaltige Liegenschaftspolitik.

Um das Ziel 9 zu erreichen, wird die folgende Maßnahme hinzugefügt:

Maßnahme B5 „Vergabe städtischer Liegenschaften nach Erbbaurecht“ (Handlungsfeld Baulandmanagement – Liegenschaftspolitik)

- Die Weitergabe städtischer Liegenschaften zum Zwecke des Wohnungsbaus erfolgt grundsätzlich nicht durch Verkauf, sondern nach Erbbaurecht. Ein Verkauf wird nur in begründeten Ausnahmefällen (z. B. Arrondierung von Grundstücken) durchgeführt.

III. Um das Ziel 2 zu erreichen und entsprechend der Leitlinie 2 wird die folgende Maßnahme dem Stadtentwicklungskonzept Wohnen hinzugefügt:

Maßnahme I5 „Aktivierung des Baulückenprogramms“ (Handlungsfeld Innenentwicklung)

Das Baulückenprogramm wird mit mehr Personal ausgestattet, um das Potential der Baulücken für den Wohnungsbau deutlich besser auszuschöpfen. Mit den derzeit 2 Stellen erwartet die Verwaltung nur eine Schaffung von 10 % der potentiell 13.200 Wohneinheiten.

IV. Die Maßnahmen B3 „Kommunaler Zwischenerwerb von Flächen“, B4 „Vergabe städtischer Grundstücke nach Konzeptqualität“ und die unter II. vorgeschlagene Maßnahme B5 behandeln die Frage der Weitergabe städtischer Liegenschaften zum Zwecke des Wohnungsbaus. Die hierzu zu erstellenden Beschlussvorlagen der Verwaltung berücksichtigen das folgende Kriterium:

- Bei einer Weitergabe städtischer Grundstücke (nach Erbbaurecht oder im Verkauf) zum Zwecke des Wohnungsbaus sind zu mindestens 40 % öffentlich geförderte Wohnungen zu errichten.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der der Fraktion Die Linke. bei Stimmenthaltung der Fraktion pro Köln und Stimmenthaltung von Ratsmitglied Zimmermann (Deine Freunde) **abgelehnt**.

III. Beschluss gemäß Änderungsantrag der FDP-Fraktion:

Der Rat möge beschließen:

Der Rat beauftragt die Verwaltung in Zusammenhang mit der Umsetzung des Stadtentwicklungskonzeptes Wohnen das Ziel zu realisieren, bis zum Jahre 2029 50% statt 10% der möglichen Wohnungen in Baulücken und damit ca. 7.500 statt ca. 1.500 Wohneinheiten zu realisieren.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion, der Fraktion Die Linke. sowie gegen die Stimmen der Ratsmitglieder Henseler (Freie Wähler Köln) und Zimmermann (Deine Freunde) sowie bei Stimmenthaltung der Fraktion pro Köln **abgelehnt**.

IV. Beschluss gemäß Verwaltungsvorlage:

1. Der Rat beschließt das Stadtentwicklungskonzept Wohnen. Er beschließt insbesondere

- die Ziele und Leitlinien der Kölner Wohnungspolitik lt. Anlage 1, Kapitel 3, S. 19-21.
- die 22 Maßnahmen des Handlungsprogramms lt. Anlage 1, Kapitel 4.2, S. 24 ff. bzw. Anlage 2 (Handlungsprogramm – Langfassung) und beauftragt die Verwaltung mit deren Umsetzung.

2. Der Rat beauftragt die Verwaltung die folgenden 11 Maßnahmen mit Priorität umzusetzen:

- B1 Verstärkte Mobilisierung von Flächen für den Geschosswohnungsbau
- B2 Neuausweisung von Wohnbauflächen im Flächennutzungsplan
- B3 Kommunalen Zwischenerwerb von Flächen
- B4 Erprobung der Vergabe städtische Grundstücke nach Konzeptqualität und Förderung von Zielgruppen
- I1 Konversionsflächen planerisch bewerten und priorisieren
- I2 Prüfung der kleinteiligen Innenentwicklungspotenziale
- I3 Weiterentwicklung von Siedlungen der 1950er und 1960er Jahre
- S1 Kommunales Wohnungsbauförderungsprogramm: Evaluierung und Weiterentwicklung
- S2 Instrument „Erhaltungssatzung“ im Bedarfsfall vermehrt nutzen
- Q1 Quartiere mit besonderem Entwicklungs- und Hilfebedarf priorisieren und konzeptionell bearbeiten
- K3 Aufbau einer Wohnungsbauleitstelle bei der Verwaltung

3. Der Rat beauftragt die Verwaltung, regelmäßig über die Umsetzung der Maßnahmen zu berichten bzw. zur weiteren Beschlussfassung auszuarbeiten.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke. und den Stimmen von Ratsmitglied Zimmermann (Deine Freunde) und des Oberbürgermeisters bei Stimmenthaltung der Fraktion pro Köln und von Ratsmitglied Henseler (Freie Wähler Köln) **zugestimmt**.

Anmerkung:

Diese Angelegenheit wurde vorgezogen und unter Punkt 10.0 behandelt.

16 KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragssatzungen

16.1 Satzung über die abweichende Herstellung der Erschließungsanlage Pohlhofstraße von Haus Nr. 21 (Grenze zum vorhandenen Teil) bis Gartenstraße in Köln-Esch/Auweiler 3110/2013

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (siehe hierzu auch Ziffer IV – Seite 6).

17 Wahlen

17.1 Ausländerrechtliche Beratungskommission; Bestimmung eines neuen ordentlichen Mitglieds 4147/2013

Beschluss:

Der Rat bestimmt Frau Susanne Kremer-Buttkereit als ordentliches Mitglied des Kommunalen Integrationszentrums in der Ausländerrechtlichen Beratungskommission.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

17.2 Antrag der CDU-Fraktion hier. Nachwahl zum Wahlausschuss für die Kommunal- und Integrationsratswahl 2014 AN/0227/2014

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln wählt anstelle von Frau Gisela Manderla

Frau **Ursula Gärtner**

als Mitglied in den Wahlausschuss für die Kommunal- und Integrationsratswahl am 25. Mai 2014.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

17.3 Antrag der SPD-Fraktion hier. Nachbesetzung von Gremien AN/0237/2014

Beschluss:

1. Stadtentwicklungsausschuss

Der Rat benennt in Nachfolge für Herrn Lutz Tempel für diese Wahlperiode Frau Carola Steiner zum Mitglied des Stadtentwicklungsausschusses.

2. Liegenschaftsausschuss

Der Rat benennt anstelle von Herrn Lutz Tempel für diese Wahlperiode Frau Carola Steiner zum Mitglied des Liegenschaftsausschusses.

3. Umlegungsausschuss

Der Rat bestellt gem. §§ 4 und 5 der Verordnung zur Durchführung des Baugesetzbuches vom 07.07.1987 (GV NRW Seite 220) in der derzeit gültigen Fassung Frau Carola Steiner als stellvertretendes Mitglied in den Umlegungsausschuss der Stadt Köln.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:

Der Oberbürgermeister nimmt an der Abstimmung nicht teil.

17.4 Antrag der CDU-Fraktion hier: Wiederwahl eines Mitgliedes für die Veranstaltergemeinschaft Radio Köln e. V. AN/0266/2014

Diese Angelegenheit wurde von der Antrag stellenden Fraktion zurückgezogen (siehe hierzu auch Ziffer VI - Seiten 6 und 7 - vor Eintritt in die Tagesordnung).

18 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

19 -

gez. Jürgen Roters
Oberbürgermeister

gez. Petra Kramp
Schriftführerin

gez. Elfi Scho-Antwerpes
Bürgermeisterin
Punkte 3.1.10 bis 4.2